

Medienmitteilung Avenir Suisse

POLICY BRIEF

Altersvorsorge auf dem Prüfstand

Altersvorsorge auf dem Prüfstand

Am 7. März 2010 haben die Stimmberechtigten die Senkung des Umwandlungssatzes in der 2. Säule deutlich abgelehnt. Der Schock dieses Verdikts sitzt offenbar so tief, dass die Diskussion über die Alterssicherung einzuschlafen droht, obwohl vor allem in der 2. Säule gravierende Strukturprobleme bestehen. Wegen des grossen Handlungsbedarfs (Demografie), des schwierigen Anlage-Umfeldes (niedrige Zinsen, volatile Märkte, finanzielle Engpässe in den öffentlichen Haushalten, Inflationsrisiken) und der Fairness gegenüber kommenden Generationen wäre es unverantwortlich, Reformen auf die lange Bank zu schieben. Damit würde ein von der Struktur her intelligentes Vorsorgesystem leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Dieser Policy Brief will Denkanstösse liefern, wie der Reformstau überwunden und wie die 2. Säule auf eine langfristig tragfähige Basis gestellt werden könnte.

Zürich, 1. Februar 2011. Finanzielle Engpässe werden die Einrichtungen der Altersvorsorge in den kommenden Jahrzehnten stark belasten, wenn Finanzierung und Leistungen nicht mit dem langfristigen demografischen Trend und den auf den Finanzmärkten erzielbaren Renditen in Einklang gebracht werden. Um den Reformstau, der unser Vorsorgesystem bedroht, zu überwinden, bieten sich gemäss dem Policy Brief von Avenir Suisse fünf Hebel an.

Erstens sollten laufende Reformprojekte die ohnehin hohe Komplexität der 2. Säule nicht noch verstärken, den Entscheidungsspielraum der Pensionskassenverantwortlichen nicht ungebührlich einschränken und die Aufsicht vereinfachen. Diese kann allenfalls der FINMA übertragen werden.

Zweitens sollte dem langfristigen Anlagehorizont der Vorsorgeeinrichtungen dadurch Rechnung getragen werden, dass Anreize zu prozyklischem Anlageverhalten beseitigt werden und auf die Forderung nach einem jederzeit zu erfüllenden Deckungsgrad verzichtet wird.

Drittens sollten die beiden wesentlichen Parameter einer kapitalgedeckten Altersvorsorge, der Mindestzinssatz und der Umwandlungssatz, der politischen Ein-

flussnahme weitgehend entzogen und auf Grund objektivierbarer, sich auf die Marktkräfte stützender Kriterien festgelegt werden.

Viertens kann durch mehr Transparenz bei den Verwaltungs- und Beratungskosten das Vertrauen in die 2. Säule gestärkt werden; die Anwendung eines marktkonformen Zinssatzes bei der Diskontierung der Verpflichtungen kann vor Vermögensillusion bewahren und die Einsicht in die Dringlichkeit von Reformen fördern.

Fünftens soll geprüft werden, wie der individuelle Spielraum bei der Wahl von Vorsorgeprodukten und der Wahl der Vorsorgeeinrichtungen vergrössert werden kann. Damit würde der Eigenverantwortung mündiger Bürger besser Rechnung getragen. Mehr Wettbewerb könnte Effizienzgewinne bringen.

Leider stossen Reformen in der Sozialpolitik überall und jederzeit auf besonders heftigen Widerstand. Die Konsequenzen ausbleibender Reformen sind in der kurzen Frist kaum spürbar. Deshalb fehlt das Gefühl der Dringlichkeit und wächst die Versuchung, notwendige Korrekturmassnahmen zu verschieben, auf schmerzlose Rezepte wie höheres Wirtschaftswachstum und steigende Kapitalerträge zu setzen oder sich mit dem Hinweis auf die im internationalen Vergleich günstige Situation der Schweiz aus der Verantwortung zu stellen.

Das ist umso problematischer, als nicht zuletzt in der 2. Säule gravierende Strukturprobleme bestehen und den demografischen Veränderungen sowie dem durch niedrige Zinsen und volatile Kapitalmärkte schwierig gewordenen Anlageumfeld zu wenig Rechnung getragen wird. Deshalb und wegen der Fairness gegenüber kommenden Generationen ist es unverantwortlich, Reformen auf die lange Bank zu schieben.

Um die Akzeptanz sozialpolitischer Reformen zu steigern, sollten die Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Chancen rechtzeitigen Handelns und die Risiken des Verschleppens informiert werden. Ferner kann ihnen Entscheidungsfreiheit in der Altersvorsorge sehr wohl zugemutet werden. Ausserdem gilt es, Verständnis für die generationenübergreifende Verantwortung zu wecken. Schliesslich sollten

Medienmitteilung Avenir Suisse

Anreize, etwa im Zusammenhang mit Frühpensionierungen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, richtig gesetzt werden.

Publikation: Alois Bischofberger, Rudolf Walser: «Policy Brief: Altersvorsorge auf dem Prüfstand », Ausgabe 2011. Der Policy Brief ist abrufbar unter www.avenir-suisse.ch.

Weitere Auskünfte: Alois Bischofberger, e-mail: alois.bischofberger@avenir-suisse.ch und Rudolf Walser, e-mail: rudolf.walser@avenir-suisse.ch; tel.: 044 445 90 00